

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 9. April 1932

Nummer 29

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt ihr Hitler geschlagen.

Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, euren Sieg auszunützen. Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden.

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und euch neue Ketten.

Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde eurer Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Leipzig

Allgemeiner freier Angestelltenbund

Auffhäuser

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Falkenberg

Die Eisene Front ruft: Schlagt Hitler!

Am 13. März brach der faschistische Generalangriff auf die freiheitlichen Rechte des deutschen Volkes zusammen. Frauen und Männer der Eisernen Front! Vollendet den Sieg, den ihr erstritten!

Niemand lasse sich durch die Behauptung beirren, der Wahlgang am 10. April habe nur formale Bedeutung. Der 13. März brachte die Niederlage Hitlers. Der 10. April muß mit der Wahl Hindenburgs den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Bewegung herbeiführen.

Schlagt Hitler! Mehr Stimmen für Hindenburg! Das ist die Parole am 10. April!

kehrt mit eisernem Besen Deutschland rein von Bürgerkriegsbanden und Beutepolitikern. Einem Gewitter gleich muß der 10. April die politische Atmosphäre Deutschlands reinigen von allen Drohungen mit Gewalt und Bürgerkrieg. Fort mit der Privatarmee eines Abenteurers! Fort mit der SA!

Innerpolitische Stabilität ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Nur ein Deutschland, das nicht mehr vom Hitler-Fieber geschüttelt wird, kann die Kraft entwickeln, die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Hitler heißt: Inflation!

Hitler heißt: Vernichtung der sozialen Einrichtungen!

Hitler heißt: Preisgabe der Arbeitslosen, Arbeitsinvaliden und Kriegssopfer!

Hitler heißt: Krieg, Not, Hunger und Elend für das ganze deutsche Volk!

Kämpfer der Eisernen Front! Geht hinaus aufs flache Land! Sagt den Bauern, daß es Wahnsinn ist, wenn sie noch länger Politik gegen ihre Rundschau in den Städten treiben. Kein Zoll- und Steuerzauber kann die Wirkungen sinkender Kaufkraft aufheben.

„Arbeiternot ist Bauerntod!“

Die breiten Verbrauchermassen der Städte sind die natürlichen Bundesgenossen der Bauern. Allein das Bündnis zwischen den Arbeitenden in Stadt und Land gibt die politische Macht, die ein neues Deutschland zu schaffen vermag. Ein Deutschland ohne Hunger und Not, ein Deutschland der nutzbringenden Arbeit für alle, für den Bauern und für den Arbeiter.

Beamte, Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe! Macht Schluß mit dem frevelhaften Spiel, das mit euch und dem Schicksal des deutschen Volkes getrieben wird!

Die Geschichte wird ein hartes Urteil über alle fällen, die auch am 10. April noch töricht genug sind, trotz der Lehren des 13. März für Hitler und seine Bürgerkriegsarmee zu stimmen.

Wer Hitler oder Thälmann wählt, gefährdet seine und seiner Familie Existenz!

Hütet euch, das kostbare Gut der politischen Freiheit preiszugeben.

Thälmann ist diesmal nicht nur Moskauts Zählmann. Jede Thälmann-Stimme am 10. April ist eine Hitler-Stimme. Wer Hitler schlagen will, wählt Hindenburg.

Der 10. April ist zugleich eine Vorentscheidung für die Landtagswahlen am 24. April.

Frauen und Männer der Eisernen Front! Viel wird von euch gefordert! Woßen der Opfer und Kämpfe liegen hinter euch — neue Woßen schwerer Kämpfe stehen euch bevor! Es geht um Großes! Kämpft weiter! Vorwärts zum neuen Angriff auf der ganzen Linie! Keine Ruhe dem geschlagenen Gegner! Am 10. April muß sich Hitler noch einmal stellen, um noch schwerer geschlagen zu werden. Mehr Stimmen für Hindenburg — das ist Hitlers politischer Tod!

Vorwärts für Volksrechte gegen Diktatur!

Berlin, den 2. April 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front

Von und zu den Tarifverhandlungen

(Fortsetzung.)

Unsre Annahme, daß man auf Prinzipalsseite die verjüngte juristische Vernebelung ihrer wirklichen Absichten auch in der öffentlichen Berichterstattung in der „Zeitschrift“ fortsetzen wird, findet in der inzwischen herausgegebenen Nr. 28 des Prinzipalsorgans vom 5. April ihre volle Bestätigung. Es findet sich dafür gleich in der Einleitung folgender Beweis:

„Jeder, der die Tarifverhältnisse des Buchdruckgewerbes kennt und ihre Entwicklung verfolgt hat, weiß, daß das zum größten Teil vor Jahren, ja Jahrzehnten entstandene Tarifvertragswerk einer grundlegenden Änderung bedarf, einer Änderung, die durch Umgestaltung unsres gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens sowie die Fortentwicklung unsrer arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und Rechtsprechung zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist. Nur die Arbeitnehmer des Buchdruckgewerbes, die sonst für sich in Anspruch nehmen, als die fortschrittlichste Gruppe der deutschen Arbeiterschaft zu gelten, sperren sich nach wie vor gegen alle noch so dringlichen und sachlich berechtigten Änderungen des Paragraphenwertes.“

In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Denn gerade weil in der gesamten tariflichen Entwicklung im deutschen Buchdruckgewerbe in erster Linie die jeweiligen wirtschaftlichen, technischen und beruflichen Verhältnisse in fast allen ihren Phasen sozusagen bis ins Kleinste in weitestgehender Würdigung der beiderseitigen Interessen Berücksichtigung gefunden haben, wehren wir Buchdrucker uns ganz entschieden dagegen, daß dieses von unten auf in vernünftiger Gliederung und Anpassungsfähigkeit gewachsene Werk zu unproduktiver „Arbeitsbeschaffung“ an Berufsfremde ausgeliefert wird. Dagegen sollten sich schon im eignen Interesse ihrer gewerkschaftlichen Ziele auch alle noch mit ihren Betrieben einigermaßen persönlich verbundenen Prinzipale wenden. Sie sollten einmal ernstlich prüfen, ob es wirklich einer produktiven Auswertung der komplizierten Arbeitsverfahren und kostspieligen Produktionsmittel dienlich ist, wenn die Arbeits- und Lohnbedingungen so in Fesseln gelegt werden, daß dabei nur noch berufsfremde Rechtsgelehrte ihr Auskommen finden, die grundlegende berufliche Arbeit aber verkümmert! Das wäre unvermeidlich, wenn es nach dem Willen der alimentationsfreien Väter dieser Tarifvorlage der Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe ginge, über deren „Sparte“ z. B. in dem Werk über „Deutsche Berufsstände“ von D. v. d. Gablenz und Karl Menckede (Verlag Bibliographisches Institut, 1930) zur Charakteristik eines typischen Arbeitgeberyndikus folgende treffenden Worte zu lesen sind: „Er vertritt Interessen, die nicht die seinen sind... er ist ein Spezialist der Zwietracht. Er ist dafür da, Gegensätze auszukämpfen... Von der Tätigkeit des Arbeitgeberyndikus innerhalb des Verbandes merkt die Öffentlichkeit nichts... wo er sich sehen läßt, ist er der Feind... Da ist es dann kein Wunder, wenn auch besonnene und verständliche Menschen mit der Zeit dahin geraten, Löhne, Urlaub, Arbeitszeit und Entlassungsbeschränkungen usw. nur noch als Unkostenfaktoren anzusehen, die es herabzusetzen gilt, und wenn sie so allmählich in die Rolle hineinwachsen, die sie in der öffentlichen Meinung von vornherein spielen, wenn auch sie sich nicht mehr unterscheiden von den mangelhaft vorgebildeten Stellungsägern und verrannten Parteipolitikern.“

Bisher standen den tarifvertragslichen Pflichten der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe immer noch einige beachtenswerte soziale und persönliche Rechte gegenüber. Nach der Tarifvorlage der Prinzipale sollen erstere aufs höchste gesteigert und die letzteren auf ein Maß reduziert werden, das jede Lust und Liebe zur Berufsarbeit restlos ersticken würde. Aber diese Tendenz der diesmaligen „Prinzipalsanträge“ kann

auch die Taktik der Berichterstattung nicht hinwegzulaufen, die sich in folgenden Sätzen in der „Zeitschrift“ vom 5. April über die Haltung unserer Vertreter bei den diesmaligen Tarifverhandlungen äußert:

„Sie treiben nach politischen Gesichtspunkten orientierte Gewerkschaftspolitik, statt sich die Erfordernisse und Möglichkeiten unseres Gewerbes als Richtschnur dienen zu lassen. Von gewerkschaftspolitischen und gewerkschaftsstatischen Gesichtspunkten geleitet, traten die Gewerkschaftsvertreter auch in die Verhandlungen vor dem Zentral-Schlichtungsausschuss am 30. März ein.“

Man scheint sich demnach an formell verantwortlicher Stelle auf Prinzipalsseite gar keine richtige Vorstellung von Art, Zweck und Aufgabenteil der Gewerkschaften mehr machen zu können. Früher, als auf Unternehmerseite noch Männer der gewerblichen Praxis das Heft in Händen hatten, war realpolitische Erkenntnis der nächstliegenden Dinge auf diesem Gebiet bei weitem nicht so „kompliziert“, wie dies vorliegenden Vernebelungen der „Zeitschrift“ zu entnehmen ist. Wir wollen daher nur kurz und bündig feststellen, daß die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Arbeiterschaft im Hinblick auf deren Arbeits- und Lohnverhältnisse die tiefsten und hauptsächlichsten Zwecke insbesondere der freien Gewerkschaften und damit auch unseres Verbandes sind. Dazu gehört selbstverständlich auch zweckdienliche Beeinflussung und eventuelle Auswertung der gesetzlichen Regelung dieser Fragen im Rahmen der dafür gegebenen allgemeinerrechtlichen Grundlagen des Staates und seiner jeweiligen Verfassung. Und zwar möglichst unabhängig von jeder parteipolitischen Begrenzung oder Dogmatik. Das sind die hauptsächlichsten Merkmale oder Grundsätze auch unserer Gewerkschaftspolitik und -taktik. Soweit dieser Aufgabenteil und seine praktische Geltendmachung sich mit gleichzeitigen politischen Zeit- und Streitfragen decken oder kreuzen, sind das nur mehr oder weniger eng zusammenhängende Begleitererscheinungen, die mit gewerkschaftlichen Mitteln ausgewertet oder bekämpft werden, je nachdem es im Interesse der jeder Gewerkschaft zugehörenden Arbeitergruppe praktisch und zulässig erscheint. Das ist das ganze Geheimnis der sogenannten Gewerkschaftspolitik und -taktik, das sich nur insofern von den entgegengelegter Richtung zielenden Bestrebungen der Unternehmerverbände unterscheidet, als die letzteren sich für die Interessen der Arbeiter, die gewerkschaftlichen Forderungen und die Maßnahmen ihrer Führer viel höher zu bewerten als allgemeine politische und kulturelle Interessen. In diesem erfahrungsgemäßen Tatfadenteils stellen unsere gewerkschaftspolitischen und -taktischen Gesichtspunkte nur das logische Gesamtergebnis des einhelligen Zusammenfassens der Willens der übergroßen Mehrheit der Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker dar. Nur dieses gibt unsern Vertretern das Recht und legt ihnen die Pflicht auf, so zu handeln und zu taktieren, wie sie es bei den jetzigen Tarifverhandlungen und auch in Zukunft tun werden. Würden sie diese Vollmacht überschreiten oder vernachlässigen, so würde sich im Rahmen des durchaus demokratischen Aufbaues unseres Verbandes die Grenze ihrer organisatorischen Befugnisse sicher viel schneller und wirksamer zeigen, als dies innerhalb des Deutschen Buchdrucker-Vereins möglich zu sein scheint.

Weil dem so ist, kann man anscheinend auf Seiten des Deutschen Buchdrucker-Vereins es auch ohne erstere Bedenken wagen, den Vorden der „Zeitschrift“ von den diesmaligen „Tarifverhandlungen“ ein Zerbild zu geben, das einem objektiven Verständnis der durch den Tarifentwurf der Prinzipale selbst aufgezungenen Verhandlungstaktik unserer Vertreter in weitem Bogen aus dem Wege geht. Daß sich unsere Vertreter nach der taktischen Zurückstellung unserer eignen Antragsvorlage, die durch den Antrag auf einfache Verlängerung des bisherigen Tarifs löslich und rein sachlich bedingt war, im Weiterlauf der Verhandlungen in der Hauptsache darauf beschränkten, der schwarzen Kasse in der prinzipalspezifischen Antragsbegründung ab und zu, wenn sie sich allzu behaftam der Auffassungsgabe des unparteiischen Vorsitzenden zu entziehen versuchte, etliche deutlich vernehmbare Schellen umzuhängen, hieß die „Zeitschrift“ als unvorsichtiges Aufgeben eines selbstauferlegten „Maukforzwanges“ hinzustellen. Trotzdem fand sie dieses angebliche Aus-der-Rolle-Fallen unser Vertreter als „mitunter allzu temperamentvoll, aber desto unsachlicher“. Angehts der geradezu unerwartungstüchtigen Verschleierungserfuche eines Teiles der Prinzipalsredner, besonders desjenigen, der das Buchdruckgewerbe nur aus seiner Aktinmappe zu kennen in der Lage ist, war es selbstverständlich unvermeidlich, daß unsere Ver-

treter gerade infolge weitgehender Rücksichtnahme auf eine sachliche Orientierung der drei Unparteiischen, „mitunter recht temperamentvoll“ diese Nebelwolken so intensiver zerstreuten, je dreister sie auf Prinzipalsseite aufgetürmt wurden, beweist die „Zeitschrift“ nur allzu deutlich. Daß es trotzdem möglich war, schon am zweiten Verhandlungstage fast alle Kapitel des bisherigen Tarifs, bis auf die Lehrlingsfrage, im Lichte der Prinzipalsanträge aufzulichten zu lassen, ist nicht zuletzt ziemlich großer Geduld unserer Vertreter zuzuschreiben. Sollte es der weitere Verlauf der Dinge zweckmäßig erscheinen lassen, darauf noch näher einzugehen, so wird dies-gern nachgeholt werden; vorläufig sei der Mantel höflicher Rücksicht darüber gebreitet, obwohl unsere Aufzeichnungen darüber ganze Bände schreiben ließen.

Geradezu als eine Dase in der Wüste der diesmaligen Tarifverhandlungen kann nur die Aussprache über das Problem der Arbeitszeitverlängerung zugunsten einer wirksameren Bekämpfung des Arbeitslosenlebens bezeichnet werden. Leider muß aber auch das wieder, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, von vornherein gesagt werden, daß auch hier das größere Interesse, das prinzipalspezifisch gegenüber diesem Anheiß ihres eignen Wirtschaftssystems gezeigt wurde, sich auf ein erfahrungsgemäß völlig untaugliches Rezept beschränkte. Durch vollständige Abwälzung des geringsten Betriebsrisikos allein auf die Arbeiterschaft will man auf dem Umweg einer sehr zweifelhaften Verbilligung der Produktion mehr Aufträge und schließlich mehr Arbeitsgelegenheit schaffen! Von irgendeinem eignen Opfer auf Unternehmerseite zugunsten der Arbeitslosen war und ist dabei selbstverständlich keine Rede; es sei denn, man betrachtet eine schmälerere Gewinnbasis als ein besonders heroisches Opfer! Dazu sollte neben der sonstigen „Verfeinerungen“ des Tarifs bezüglich der Arbeitsleistungen und ausnahmsloser Herabsetzung aller Lohnsätze oder Lohssätze in erster Linie volle und einseitige Willkür des Unternehmers in der Festsetzung der Arbeitszeit nach Dauer, Einteilung zu jeder Stunde des Tages und der Nacht im Rahmen einer 48stündigen Arbeitswoche dienen. In jedem Betrieb sollte nach den Anträgen der Prinzipale die Zug um Zug anfallende Auftragsmenge allein maßgebend für die tägliche Arbeitszeit oder auch für deren Ausfall an jedem Tage sein und zwar ganz allein nach Dispositionen der Betriebsleitungen, die jeden einzelnen Arbeiter überstunden mit wesentlich geringeren Aufschlägen sollten nur noch jene Arbeitsstunden sein, die über die 48stündige Wochenarbeitszeit hinausgehen und selbstverständlich in jedem Fall ohne irgendein persönliches Mitbestimmungsrecht des Arbeiters geleistet werden müßten. Daneben soll noch jede tarifrechtliche Besonderheit, soweit sie dem einzelnen Arbeiter zugute käme, ausgefahlet werden, wenn irgendeine andre gegläubte Bestimmung oder eine arbeitsgerichtliche Entscheidung dem Unternehmer günstiger erscheint. Auf diese Weise soll angeblich nur jeder kostenverursachende Leerlauf vermieden werden, und dem Arbeiter zu jeder Tages- und Nachtzeit Gelegenheit gegeben sein, sich sein Brot so sauer wie möglich und ohne jedes Verfügungsrecht über seine freie Zeit zu verdienen! Ganz abgesehen von der geradezu restlosen Bestrahlung der Arbeiterschaft, die die Anerkennung solcher jedem sozialen Empfinden höhnisch sprechenden Anträge zur Folge haben würde und deshalb hier nur kurz zusammenfassend wiedergegeben werden sollen, befinden sich alle jene Unternehmer, die mit einer solchen Vergewaltigung einfacher Menschenrechte im Buchdruckgewerbe liegeln, auch bezüglich der für sie selbst daran geknüpften materiellen Erwartungen auf sehr sumpfigem Boden. Denn je rücksichtsloser sich solche wahnwichtigen Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse durchführen ließen, desto unheimlicher würde die heute schon zum Himmel stinkende gegenseitige Preisunterbietung und Auftragsräuberei in die Salme schießen. Die Großen in Leipzig, Berlin usw. würden die Mittleren rücksichtsloser als je zuvor an die Wand quetschen, und die Kleinen ihre Eltern, Groß- und Aeltern, Kinder und Enkel einspannen, um sich auch noch an diesem Weitzanz verdrückter Tarifs- und Gewerkepolitik im Reich der schwarzen Kunst irgendwie bereichern zu können!

Angehts einer solchen Verwischung aller bisherigen gewerke- und tarifpolitischen Grundsätze auf Unternehmerseite ist es daher auch kein Wunder, daß die „Zeitschrift“ ihren Bericht über dieses Kapitel neben einigen Spekulationen auf teilweise wirtschaftspolitische Rückständigkeiten im Reichsarbeitsministerium mit billigen Mäßen persönlicher Art gegen unsern Referenten zu diesem Thema auszusprechen versucht. Sie kann sich zwar nicht von dem Zeugnis drücken, daß er sein diesbezügliches Referat gut vorbereitet hatte, aber nach Ansicht der „Zeitschrift“ ließ ein „besonders rebeefriger Gewerkschaftsvertreter nur eine sorgfältig präparierte Rebe vom Stapel, in der er alles das nachmalig vorbrachte, was in den letzten Monaten von Gewerkschaftsseite zu dieser Frage geredet und geschrieben wurde.“ Damit wird nur bestätigt, daß unser Arbeitszeitreferent, der noch mittendrin in der täglichen Praxis des Berufslebens steht, nichts unberücksichtigt ließ, was dazu beitragen konnte, die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Arbeitszeitverlängerung zur erfolgreichen Abwägung des Arbeitslosenlebens in durchaus sachlicher Weise zu begründen. Daß er die diesbezüglichen Gegenanträge der Unternehmer besonders drastisch gepflückt, wurde ihm von Prinzipalsseite sehr übel genommen. Dementsprechend waren dann auch ihre Abwägungsversuche. Aus dem Sinne unsrer Referenten auf die trostlose und verzweifelte Lage eines Kollegen in einem Ort, in dem auch die letzte Drucker der rücksichtslos auswärtigen Konkurrenz zum Opfer fiel, machten sie sogar einen Beweis zugunsten ihrer eignen Anträge, obwohl der Referent nicht vergessen hatte, darauf hinzuweisen, daß der betreffende „letzte“ Buchdruckereibesitzer auch nach Schließung seines Betriebes immer noch in besseren wirtschaftlichen Verhältnissen leben konnte als die von ihm in jahrzehntelanger Arbeit ausgewerteten und nun rücksichtslos auf die Straße gesetzten Gehilfen. Aus der Zunahme der Kurzarbeiter, die die Gehilfen auf sich nehmen mußten, leiteten die Prinzipale sogar noch den Beweis dafür ab, daß sie nicht selten gegen den Willen der davon betroffenen Gehilfen einem früheren Versprechen vor dem Reichsarbeitsministerium, weitere Entlassungen zu vermeiden und nach Möglichkeit Neueinstellungen vorzunehmen, weitgehend nachgekommen seien! Daß solche Maßnahmen in vielen Fällen nur zur Erleichterung der Betriebslage und als rücksichtslose Abwälzung jedes Betriebsrisikos auf die Arbeiterschaft vorgenommen wurden, das beurteilen die Prinzipale also sogar noch als Nachweis ihrer sozialen Einsicht!

Es würde zu weit führen, wenn wir dieser Gesamttenzend der diesmaligen Prinzipalsanträge zur Arbeitszeit noch eine eingehendere Kommentierung dazufügen wollten. Ihre vorstehende Beleuchtung dürfte volllauf genügen, allen Kollegen im Reich gezeigt zu haben, daß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe in der von ihnen beantragten Abänderung der tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit weit weniger daran denken, dem Arbeiter ein besseres Leben zu verschaffen, als damit fogel noch Gesäfte zu machen! Das beweisen aber nicht nur ihre bisher erörterten Anträge, sondern auch jene zur Lehrlingsfrage und nicht zuletzt jene zur fetteren tarifvertraglichen Bindung an gewisse Rechtsgrundsätze, die für jeden Arbeiter oder dessen Arbeitskraft nur einen Warenbegriff gelten lassen, der dem Unternehmer zur Verfügung zu stehen habe, wenn es ihm bei Tag oder Nacht zu pfeifen beliebt. Darüber und über manches andere in gleicher Richtung wird in einem abschließenden weiteren Artikel noch einiges zu sagen sein. (Schluß folgt.)

Die Waacke herunter!

Das Aufschwollen der Nationalsozialisten findet seine Erklärung teils in der Enttäufung, die jener Teil der Arbeiterschaft erlebte, der den unerfüllbaren, lediglich als Agitationsmännern aufgestellten Versprechungen der Kommunisten Geloßhaft leistete, teils aber auch in der Doppelzüngigkeit, die dem Nationalsozialismus seine Sonderstellung unter allen Parteien des Nachkriegs verschaffte. Es ist faktisch nichts weiter als der Wurmfortsatz des Reichsligenverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der bei Kriegsausbruch eines sanften Todes entstieffte, weil seine nichtswürdigen Verleumdungen einfach keinen Resonanzboden mehr fanden. Seine Auferstehung feierte dieses Luz- und Truggebilde infolge der Schwierigkeiten, in die der Krieg und die aus ihm hervorgegangene Weltwirtschaftskrise das deutsche Volk hineintrieb, und je gründlicher die Operation gelingt, je entscheidender Hitler am 10. April gefchlagen wird, um so eher wird der franke Volkskörper wieder gesunden!

Es ist nicht von ungefähr, daß sowohl der französische als auch der polnische Nationalismus den Sieg Hitlers bei den Präsidentschaftswahlen aufs freudigste begrüßt hätte. Den Beweis dafür liefert die Enttäufung, daß seine im stillen gehegte Hoffnung auf diesen Sieg schon am 13. März nicht eintraf. Gleichwohl ist der große Stimmenzuwachs der Hakenkreuzler gegenüber den Preußenwahlen von 1928, die zum Vergleich herangezogen werden mögen, eine ernste Gefahr für die republikanische Staatsform.

Der politisch unmündige Teil des deutschen Volkes ist leider noch sehr stark. Nur so ist es zu erklären, daß diese Partei des ungeheuerlichsten Volksbetrugs, der je begangen wurde, so groß werden konnte. Dem Arbeiter verspricht man Kampf gegen den Kapitalismus, dem Mittelstand verheißt man das wiederanbrechende goldene Zeitalter, den Bauern machte man vor, daß mit der Nacht Hitlers

ihre Schulden gestrichen würden, und — den Kapitalisten streute man das Beruhigungspulver in den Wein, daß man den Sozialismus lediglich als Ausschüßgeschloß benutze, um verweirte Arbeiter vor seinen Parteifarzen zu spannen. Man denke im „Dritten Reich“ gar nicht daran, den Großkapitalisten auch nur ein Haar zu krümmen.

Schon diese Charakterisierung als politisches Chamäleon müßte für die Gesamtarbeiterklasse Anlaß genug sein, den Repräsentanten dieser Grundlosigkeit, Hitler, entscheidend zu schlagen! Die Entwicklung in Italien zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Sinnlosigkeit der kommunistischen These: Erst lassen wir den Faschismus zur Macht kommen — dann vernichten wir ihn durch die Einheitsfront des Proletariats. Solch Hirngespinnst existiert nur in der Theorie! Die nüchterne Praxis lehrt leider das Gegenteil! Schon zwölf Jahre lang ist die italienische Arbeiterklasse verflacht, ihres Koalitionsrechts und damit jeder Aktionsfähigkeit beraubt, ohne daß ein Ende dieser Schreckensherrschaft abzusehen wäre. Das deutsche Proletariat darf nicht durch ein Sichgehenlassen den Dingen gegenüber in den gleichen Fehler verfallen! Für derartige Experimente ist es zu schade!

Nun steht seit der überraschenden (den Kenner der Verhältnisse allerdings nicht unvorbereitet treffenden) Aktion der preußischen Regierung gegen die Nationalsozialisten fest, daß deren S.A.-Mannschaften bis an die Zähne bewaffnet und militärisch ausgebildet sind, um sich im gegebenen Augenblick mit Gewalt in den Besitz der staatlichen Machtmittel zu setzen. Waffenlager sind auch in anderen deutschen Landesteilen ausgehoben worden. In der Nacht vom 13. auf den 14. März wäre das schönste Gemetzel losgegangen, wenn der zweifellos eingetretene, nur gegenüber der republikanischen Front noch unzulängliche Erfolg nicht die erhitzten Gemüter etwas abgekühlt hätte.

Aber das ist nur die Ruhe vor dem Sturm! Die Arbeiterklasse, die verfassungstreuen Angestellten und Beamten dürfen sich nicht in Sicherheit wiegen, müssen ihre Schlagkraft nun erst recht beweisen, indem sie nicht nur geschloffen am kommenden Sonntag durch Hindenburgs Wahl die inner- und außenpolitische Vertrauenskrise beheben. Darüber hinaus muß ihre Begeisterung, ihre Aktionsfähigkeit eine so durchschlagende Kraft entfalten, daß die auf den 10. April folgenden 14 Tage die faschistische Gefahr auf ein Minimum herabdrücken!

Die süddeutschen Staaten bewiesen im ersten Wahlgang eine bemerkenswerte politische Vernunft. Hier wird Hitlers Traum auf Nachtergreifung zerfallen! Aber bekommt der Faschismus am 24. April Preußen in die Hand, so hat er Deutschland! Das darf niemals geschehen, denn es bedeutete, was man, ohne sonderlich Propheet zu sein, getrost als wahr unterstellen kann, zugleich Auflösung und Zerfall des deutschen Staatsverbandes! Somit wachet bei den bevorstehenden Entscheidungen die Last schwerster Verantwortung auf den Schultern des Proletariats.

Stadt steht in diesem Kampf gegen Land. Das mag tragisch sein, weil diese durchgeiffene Demagogie geschickte Feindseligkeit das Unnatürlichste ist, was es geben kann, aber es ist Tatsache! Die nationalsozialistische Heftkampagne hat den klaren Blick der Landbevölkerung, und das ganz besonders in protestantischen Landesteilen, am meisten getrübt. Dort gelangen dem Nationalsozialismus die verblüffendsten Erfolge. Um der Vernunft willen muß die Stadtbevölkerung das Mandat wieder ausgleichen und keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um den verkehrten Bauern den Schleier von den Augen zu nehmen. Sie müssen erkennen lernen, daß gerade der Reichstagswählerfolg der Nazis vom 14. September 1930 die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches und damit der deutschen Gesamtbevölkerung vermehrt hat und nur eine gründliche Abkehr vom Nationalsozialismus

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



May Ende in Berlin
Eingetretten: 9. April 1882
Jetzt Invalide



Richard Stern in Berlin
Eingetretten: 10. April 1882
Jetzt Invalide



Heinrich Düjon in Berlin
Eingetretten: 11. April 1882
Jetzt Invalide



Georg Löblich in Berlin
Eingetretten: 11. April 1882
Geschäftsstelle des Korrespondenten



Albert Torff in Berlin
Eingetretten: 10. April 1882
Jetzt Invalide



Theod. Liebsher in Dresden
Eingetretten: 11. April 1882
Jetzt Invalide

den Druck erleichtert. Stadt und Land bedürfen einander — der Feind steht rechts!

Von der Niederringung des Nationalsozialismus hängt das Schicksal der Kulturmenschen ab. Auf die These des „Böfischen Beobachters“: „Der Sieg des Nationalsozialismus bedeutet Deutschlands Wiedergeburt“, können nur vollendete Paralytiker hineinfallen. Mordgeheimnisse, Zuhälter, Sittlichkeitsverbrecher, Grabräuber, Denkmalszerstörer finden und finden nicht nur Unterschlupf in der sogenannten „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, sondern besitzen zu einem erheblichen Teil sogar Führereigenschaften in ihr. Und so etwas mutet man dem gleichen Wolf der Dichter und Denker als geistige und sittliche Erneuerer, als Beherrscher, zu, das eben erst durch Goethe- und Haydn-Feiern bewiesen hat, daß es die „Kultur“ des wirklichen Untermenschentums, eben des Nationalsozialismus, energisch ablehnt!“

Adolf Hitler samt seinen Helfershelfern mögen ganz gut trommeln können, aber beherrschen dürfen sie uns niemals! Sonst wandeln wir Deutschland in ein politisches Narrenhaus, das aus der Liste der Kulturvölker glatt gestrichen wird!

Nürnberg.

Artur Stahl.

Arbeiternot ist Bauernnot

Dem Stadtvolk und dem Landvolk geht es gleich schlecht. Da muß doch ein Zusammenhang bestehen, und eins wächst auch wirklich aus dem andern heraus.

Millionen von Menschen auf dem Land, blind und betäubt von ihrer eignen Not, haben diesen klaren und natürlichen Zusammenhang bis heute noch nicht begriffen. Der Bauer, der bei den heutigen Viehpreisen das Erzeugnis seiner Arbeit, oft das Ergebnis einer Jahresarbeit, halb umsonst hergeben muß, der aus seinen Verkaufserlösen die Aufkosten der Wirtschaft und die notwendigen Anschaffungen nicht mehr decken kann, sieht nur seine eigne Not und die Not seines Berufsstandes. Das Leben des Arbeiters kennt er nicht. Das Stadtvolk ist ihm fremd und fern. So fällt er leicht auf den Schwendel herein, daß es ihm deshalb schlecht geht, weil es dem Arbeiter in der Stadt zu gut geht, weil der Arbeiter, die Gewerkschaften, die „Roten“, die „Marxisten“ im heutigen Staat zu viel Einfluß haben. Das Schlagwort „Kampf gegen das System“, das ist daher bei den reaktionären Parteien, bei den Deutschnationalen wie bei den Nationalsozialisten, immer noch die Zauberformel, mit der sie Bauernklimmen fangen. „Kampf gegen das System“, das heißt Kampf aber gegen die freien Volksrechte, gegen das Mitbestimmungsrecht des wertlätigen Volkes, gegen den Zustand, daß an Stelle von Fürsten und Junkern heute — zum mindesten in Preußen — Männer aus dem wertlätigen Volk in den staatlichen Machtpositionen sitzen. Die früheren Inhaber dieser Machtpositionen — Fürsten und Jürkenjahne, Junker und ehemalige Offiziere, Großgrundbesitzer und Großindustrielle, wissen ganz genau, wie viel sie durch den Zusammenbruch nach dem Weltkrieg verloren haben. Deshalb sagen sie den Bauern: „Seht uns, die Arbeiter niederzuknüeten, heißt uns, die Arbeiter wieder so rechtlos zu machen wie in der „guten alten Zeit“, dann wird es auch euch wieder gut gehen“.

Woran liegt es nun, daß die Preise für viele landwirtschaftliche Erzeugnisse so schlecht sind? Die Antwort auf diese Frage ist ungeheuer einfach und klar. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind deshalb so schlecht, weil die Arbeiter nicht genügend verdienen, um sich autständig und ausreichend zu ernähren, und um den Landwirten die Nahrungsmittel zu autständigen Preisen abzukaufen zu können. Die heutige Not der deutschen Landwirtschaft ist zum allgrößten Teil weiter nichts als eine weitergeleitete Not der städtischen Bevölkerung, insbeson-

Ein Vorläufer der Hitlerer

Nach dem bekannten Ausspruch des weisen Ben Aliba gibt es nichts Neues unter der Sonne. „Alles ist schon einmal dagewesen!“ Man braucht die selbige Sentenz nicht buchstäblich zu nehmen. Dennoch birgt sie zweifellos viel Wahres, und zwar sowohl in seiner Anwendung auf das gewöhnliche, wie das politische Leben. Verhältnismäßig wenigen unserer Zeitgenossen, die heute das anmaßende Auftreten der Hitlerer oder Nationalsozialisten mit ihrem Geschrei, ihrem Terror und ihren Bürgerkriegsdrohungen beobachten, ist wohl bekannt, daß auch diese wenig erfreuliche politische Erscheinung so gar nichts Neues ist und, abgesehen von Stufen, sich ähnliche Vorgänge in wenig anderer Form vor beinahe 50 Jahren auch in Frankreich abspielten.

Das ist ganz natürlich! Gleiche Ursachen sind stets die Voraussetzung für gleiche Wirkungen! Zudem hat es in politisch und wirtschaftlich erregten Zeiten immer Demagogie und politische Abenteuer gegeben, die das Volk für ihre Zwecke zu mißbrauchen suchten oder andern für dahingehende Absichten als Werkzeug dienten. Und stets waren es die besonderen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Grundlage dafür boten, daß dieser Mißbrauch vorübergehend mehr oder weniger erfolgreich sein konnte. So auch in diesem Fall!

Frankreich, das im Kriege 1870/71 gegenüber Deutschland unterlag, und dem in dem damaligen Friedensvertrag von Versailles Bedingungen auferlegt wurden, die es als äußerst demütigend empfand, machte lange Jahre eine ähnliche Entwicklung durch, wie sie gegenwärtig das deutsche Volk erlebt. Der verlorene Krieg brachte auch dort den Zusammenbruch des napoleonischen

Kaiserreichs und führte zur Aufrichtung der Republik. Aber diese Umwälzung gab dem französischen Volk nicht den inneren Frieden. Unter dem Druck einer dem Krieg folgenden zeitweise wenig günstigen Wirtschaftslage hatte die junge Republik immer wieder gegen das Anstürmen der Monarchisten um ihre Existenz zu kämpfen, und wiederholt wurde diese stark in Frage gestellt. Eine erhebliche Förderung erfuhren die republikfeindlichen monarchistischen Bestrebungen durch die sich an die Annexion von Elsaß-Lothringen knüpfende Revanche-Idee, die von den Nutznießern des verfallenen Kaiserreichs als willkommenes Mittel zur Aufhebung des Volkes benutzt wurde. Ein erfolgreicher Revanchekrieg sollte die Wiederherstellung des Kaiserreichs und damit der alten Ordnung bringen!

Für die Verwirklichung dieser Absichten erschien den französischen Monarchisten und nationalistischen Revanchebegern der General Boulanger als der geeignete Mann, ähnlich, wie die deutschen Nationalisten, Schwerindustriellen und Großagrarien in Adolf Hitler ihren Nationalheros gefunden zu haben glauben, nachdem Ludendorff ihre Erwartungen enttäuschte. Boulanger, ein eifriger, ehrgeiziger, aufgelauner, zu Wohlleben und Verschwendung neigender Mensch von geringen geistigen Fähigkeiten, stellte sich ihnen zur Verfügung. Im Jahre 1886 in das französische Kriegsministerium berufen, verfügte er als Kriegsminister über einen starken politischen Einfluß. Der gesteigert wurde, weil er sich offen keiner politischen Partei angeschlossen und eine besondere republikanische Gesinnungstüchtigkeit heuchelte. So verstand er es, unter den jungen, ehrgeizigen Offizieren starken Anhang zu gewinnen sowie seine Person bei jeder Gelegenheit möglichst auf-

fallend in den Vordergrund treten zu lassen, was seine Popularität erhöhte.

Seine auf einen Revanchekrieg mit Deutschland abzielenden Bestrebungen blieben natürlich im Ausland, vor allem in Deutschland, nicht unbeachtet und brachten die französische Regierung in schwere Angelegenheiten. Diese Umstände, in Verbindung mit dienlichen Übergriffen und Vergehens, deren sich Boulanger schuldig machte, veranlaßten, daß er im Jahre 1888 mit schlichem Abschied aus dem Heeresdienst entlassen werden mußte. Boulanger setzte jedoch seine Treiberien fort, ließ sich in Paris nieder, trieb einen fürstlichen Aufwand und spielte sich, ganz wie der große Adolf Hitler, als Vertreter aller mit dem „herrschenden System und der Unsicherheit der Regierungsziele“ Unzufriedenen auf.

Unter der Firma einer „Patriotenliga“ entstand so eine Bewegung, die eine schnelle und weite Verbreitung gewann und als „Boulangismus“ auch in Deutschland bei ängstlichen Gemütern Schrecken erregte. Die Angstwachen zum Reichstag von 1887 fanden unter seinem Einfluß statt. Bismarck benutzte diesen Popanz, um die von ihm geforderte Heeresvermehrung durchzusetzen, und das deutsche Spießertum fiel darauf hinein. Als Führer der nationalfeindlichen und monarchistischen Bewegung stießen Boulanger reichliche Geldmittel aus kapitalistischen und sonstigen Kreisen zu, die von ihm die Erfüllung ihrer volks- und republikfeindlichen Absichten erhofften. Bei den Kammerwahlen erhielten die Boulangisten eine überraschend hohe Stimmenzahl. Boulanger selbst wurde in einer ganzen Anzahl Departements gewählt, ein Ergebnis, das seine Anhänger zu einem Plebisit, d. h. einem Staatsstreich, ausnigten wollten. Der Sieg des Boulangismus schien in greifbare und für die Republik gefahrdrohende Nähe ge-

dere der großen Massen der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten. Das Einkommen dieser Verbraucher-massen in den Städten ist gewaltig heruntergebrückt worden, und jede Einkommensstützung müßte in den Familien zu einer Einschränkung der Ausgaben für die Ernährung führen. Eine nach Millionen zählende Arbeitslosigkeit, ein nach Millionen zählender Wohnabbau und Einkommensrückgang der städtischen Massen, das sind die eigentlichen Wurzeln der schlechten Preise für die landwirtschaftlichen Arbeitserzeugnisse. Wenn dieser Zusammenhang noch zweifelhaft sein sollte, der braucht nur einmal darüber nachzudenken, welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse heute am niedrigsten im Preise sind. Er wird dann finden, daß Brot, Getreide und Kartoffeln trotz reicher Ernten sich verhältnismäßig noch am besten im Preise gehalten haben, weil auch in einer Zeit der Massenverelendung die Ausgaben für Brot und Kartoffeln am wenigsten eingeschränkt werden können. Um so schwerer hat der Einkommensrückgang die hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse betroffen: Fleisch, Milch, Butter, Eier, Obst und Gemüse, das heißt alles das, was der Arbeiter und seine Familie zwar auch eigentlich essen sollten, woran aber zuerst gespart wird, wenn der Familienvater seine Arbeitsgelegenheit verliert oder von einem Lohnabbau betroffen wird.

Arbeiternot ist also Bauernnot!

Je tiefer man den Arbeiter herunterdrückt, je mehr man ihm seinen Lohn beschneidet, je mehr den Massen der Arbeitslosen, der Kranken und der Invaliden auch die Unterstützung getrichen wird, desto trostloser wird die Abfrage der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere für die hochwertigen Veredelungsprodukte aus Garten und Viehstall. Millionen von Bauern glauben noch, sie könnten schadenstrotz dabeistehen, wenn infolge einer Verschlebung der politischen Machtverhältnisse den Arbeitern das Geld aus der Lohnkiste gestohlen wird. Millionen von Bauern, Bauernfrauen, Bauernkinder haben bei den Wahlen der letzten Jahre bei diesem Lohnraub der Großkapitalisten und den Großgrundbesitzern noch selber Hilfe gefleht, indem sie ihre Stimmen Nationalsozialisten, Deutschnationalen oder sonstigen reaktionären Parteien gegeben haben. Tatsächlich haben sie dabei sich selbst das Geld aus der Tasche gestohlen; denn wer dem Arbeiter den Lohn verkürzt, der trägt mit bei zu dem Zusammenbruch der Schweinepreise, der Milchviehpreise, der Milchpreise, der Obst- und Gemüsepreise und stiehlt somit auch dem Bauern seinen gerechten Arbeitslohn aus der Tasche.

Hier liegt nun aber auch die Kernfrage der Politik. Der Lohn des Arbeiters, von dem der Stand der Massen-ernährung und damit das Einkommen des Landwirts abhängt, fällt ja bekanntlich nicht vom Himmel herunters. Das ist ja gerade die Grundbesamtheit des „verfluchten“ Marxismus, daß nicht der einzelne Arbeiter um seinen Lohn kämpfen kann, sondern daß er sich mit seinen Klassen-genossen gewerkschaftlich und politisch zusammenschließen muß, um sich im Kampf um den Arbeiterlohn zu behaupten. Je besser die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, je mehr die Arbeiter, Arbeiterparteien und Arbeiterführer im Staat und in der Gesetzgebung zu sagen haben, desto besser gerüstet ist die Arbeiterklasse, um auch in Krisenzeiten ihren Lohn zu verteidigen.

Nicht „Kampf gegen den Marxismus“ ist daher die richtige Parole für den Bauern, sondern Stadt und Land Hand in Hand! Bauer und Arbeiter als Bundesgenossen gegen Reaktion und Lohnraub! Dann wird in der Stadt und auf dem Land die christliche Arbeit auch wieder ihren christlichen Lohn finden. Der Landwirt tut Flug, wenn er am 10. April von den nationalsozialistischen Schwindlern abräut und Hindenburg wählt! Dr. F r i e d r i c h

Der Angriff
auf Deine idealen Bestrebungen muß Dich gerüstet finden, Kollege.
Wirß für die Büchergilde Gutenberg.

Neue Nazibefehle für Betriebszellen!

Die Nazis haben neue Befehle für ihre Betriebszellen herausgegeben. Die „Hit-Bewegung“, die vom 1. Januar 1932 datiert, scheint aber noch nicht die Früchte getragen zu haben, die man sich versprochen, sondern darüber hinaus schon Unzufriedenheit in den eignen Reihen, namentlich in Berlin, erregt zu haben. Denn schon nach wenigen Wochen mußte „reorganisiert“ werden und die Leiter, Pp. Schumann und Gien, die die Reichs- bzw. Gaubetriebszellenabteilungen unter sich hatten, wurden durch die Pp. Engel und Kulkow in Berlin ersetzt. In den Mitteilungen an die führend tätigen Pp. heißt es: „Die vielfachen und zum Teil berechtigten Klagen der Pp. über mangelhafte Führung usw. haben die Gauleitung Groß-Berlin veranlaßt, eine vollkommene Reorganisation der Zellenarbeit durchzuführen.“ Und weiter: „Es ist deshalb empfehlenswert, wenn die Pp. von Anfragen, Mahnungen und sogar Verwünschungen absehen, die schaffen doch nichts Positives und ersparen nur.“

Das alte Wort von Zuckerbrot und Peitsche kommt auch wieder zur Geltung. Im Anfang heißt es für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die ihnen als dumme Gimpel ins Netz laufen sollen: „Wir wollen keine eignen Gewerkschaften bilden, da diese sich tatsächlich gegenüber den bestehenden und festgelegten Gewerkschaften aller Lager kümmerlich ausnehmen würden.“ Aber aus den sympathisierenden Massen wollen sie sich eine Armee schaffen, und deshalb stellen sie folgende Lockpfeifen aus: Beteiligung an Betriebsratswahlen, Durchführung von Lohnstreiks. (Auch bei dem „schaffenden“ Kapital?) Ja, die Wucht des Angriffs geht auch gegen Unternehmertum und das herrschende liberal-kapitalistische Wirtschaftsleben, dessen Träger das Unternehmertum ist. Auch die Gelben kriegen eins auf den Deckel und den KP-Diffen „müßte man die Fallschirm der marxistisch-kommunistischen Ideologie nachweisen und die Betreffenden als aktive Kämpfer der Betriebszellen zu gewinnen suchen.“ (Daher wofür auch das leichte Hinüberwechseln von einer „Zelle“ in die andre?)

Bezüglich der Streiks unterscheiden die Nazis Lohn- und Gehaltsstreiks und fordern bei deren Berechtigung (wer entscheidet darüber?) Teilnahme, ja sogar eine führende Rolle. „Der Gewerkschaftler gegenüber wird aus tatsächlichen Gründen ein Einzel- oder Massenaustritt nicht empfohlen, sondern Durchbringung mit Nazibeiden verlangt.“ „Keinesfalls dürfte es vorkommen, daß Nationalsozialisten zu Saboteuren der Kampffront der Arbeitnehmer würden. Gemäßregelte Arbeitnehmer, die wegen Lohn- und Gehaltsforderungen usw. den Betrieb verlassen müßten, verdienen die Solidarität der NSD.“ (Im Original halbfest gedruckt!) Weiter: „Die schwere, soziale Bedrängnis, in der sich die gesamte Arbeitnehmer-schaft befindet, verlange die entscheidende Abwehr aller Angriffe des Staates und Unternehmertums auf die Sozialpolitik.“ (Was sagen die Herren Schacht und Konjorten dazu? Sie haben wohl nur ein Lächeln und denken: Sand in die Augen.) — Das war das Zuckerbrot.

„Von der Reichsbetriebszellen-Leitung ist angeordnet, daß sämtliche Pp., die im Erwerbsleben stehen, den bestehenden Zellen beizutreten haben. Mitglieder, die sich weigern, sollen von den Parteibienststellen namentlich und

unter Angabe der Gründe der zuständigen Zellenleitung gemeldet werden.“ Und dann wird der Mund recht voll genommen und die tolle Gewalt angebroht: „Nur eine kurze Zeit der Vorbereitung und der Gegner wird zu spüren bekommen, daß die nationalsozialistische Faust auch an die Werttore pocht.“
Daß weiter die Hauptsache, das Beitragszahlen, nicht vergessen werde, gibt die Anleitung an vielen Stellen Hinweis, besonders aber auch dafür, daß die Reichs-Betriebszellen-Abteilung nicht zu kurz kommen darf. Sonst enthalten die Anleitungen eine Menge Dinge, die glatt von den Forderungen der Sozialdemokratischen Partei abgeschrieben sind, die diese schon vor einem Menschenalter aufgestellt hat. R. S. (Berlin).

Korrespondenzen

Augsburg. (M a s c h e n s e h e r.) Am 13. März hielt unser Bezirksverein seine aufgedachte Generalversammlung ab. Vorsitzender Chr. Schneider begrüßte die Erschienenen und warf einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Darauf folgte die Erstattung des Kassenerichts. Der Mitgliederstand betrug am Jahres-schluß 88. Dem Kassierer wurde hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Der Maschinenlehrtag findet dieses Jahr im Hotel Saal des „Augustinerbräu“ in München statt. Als Delegierte zum diesjährigen Maschinenlehrtag in München wurden die Kollegen Schneider (Augsburg) und Burkhard (Münchlingen) gewählt. Den Provinzkollegen wurde zur Generalversammlung das Jahrgeld gewährt, auch wurden den arbeitslosen Verammlungsbegehren 2 M. in üblicher Weise von der Versammlung zugesprochen. Bei der Neuwahl der Vorstanderschaft wurden u. a. gewählt die Kollegen Chr. Schneider als erster Vorsitzender und Lang als Kassierer. Die Technische Kommission wird von drei Kollegen gebildet. Beschlossen wurde noch, die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ wie auch den „Klimischen Anzeiger“ zu abonnieren. Nach erledigter Tagesordnung schloß sich ein Lichtbildvortrag über „Neuerungen an der Linotype“ an. Referent war Kollege D t t o B a u z (Stuttgart), Vertreter der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik. In anderthalbstündigem Vortrag wußte Redner, selbst jahrelanger Praktiker, an Hand von zahlreichen Lichtbildern den Werdegang der Linotype mit all ihren Neuerungen bis auf die Jetztzeit klar und deutlich den Zuhörern vor Augen zu führen. Die im Bild gezeigten alten und neuen Modelle der Linotype ließen erkennen, daß die Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik es nicht unterließ, ihre bisherigen Modelle auf das vollkommenste auszubauen. Dem Referenten wurde am Schluß seiner Ausführungen, die für manchen Kollegen in der Praxis etwas Neues boten, reichlich Beifall zuteil. Vorsitzender Schneider dankte dem Referenten für seinen Vortrag, wie auch allen Anwesenden für das dargebrachte Interesse während der ganzen Veranstaltung.

Frankfurt a. M. In unserm Jahreshauptversammlungs- und 8. März-schlußwort nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten unter Vorsitzender Nepeckers im seinem Jahresbericht die katastrophale Entwicklung und die ungeheure Verschärfung der Lage für die gesamte internationale Arbeiter-schaft. Das Krisenjahr 1931 hinterließ in unserm Bezirk besonders tiefe Spuren. Zusammenbrüche seitlicher angesehener Firmen, Betriebs-schließungen und Einführung von Kurzarbeit in weitestem Ausmaß brachten eine Belastung unsres Bezirks, die weit über dem Reichsdurchschnitt liegt. Der materielle Erfolg der durchgeführten Arbeitsgerichts-lagen beläuft sich auf 11 000 M. Mit einer Empfehlung der Eigenbetriebe, wie Konsumverein, Limbarwerke, Volkshilfsorga und Arbeiterbank, und dem Dank an alle Funktionäre für geleistete Mitarbeit beendete Kollege Nepeckers seinen Bericht mit einem starken Appell an alle Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften allen Stimmen zum Trotz als stärkstes Bollwerk der Arbeiterschaft ungeschwächt erhalten bleiben und unsern Verband der Weg für den Wiederaufstieg freigehalten werde. Der Kassierer, gegeben vom Kollegen H i s b e c h e r, zeigte die Notwendigkeit einer Entlastung der Bezirkskasse, die dadurch herbeigeführt wird, daß die Gantasse alle Belastungen, die bei der Betreuung unsrer durchreisenden Kollegen entstehen, für das laufende Jahr übernimmt. Ziffernmäßiger Aufschluß über unsre sonstige Kassenlage wurde den Bezirksmitgliedern durch unsre „Mitteilungen“ in ausführlicher Weise gegeben. Aber die Zehrlingsabteilung gab Kollege R e p p l e r eingehenden Aufschluß, der von regem Leben zeugte. In der sich anschließenden Diskussion machte sich eine besondere Kritik der Tätigkeit des Bezirksvorstandes nicht geltend. Verschiedene Anregungen zur Auffüllung des „Fonds für unverschuldet in Not geratene Kollegen“ wurden dem Vorstand zur Bearbeitung übergeben und sollen der nächsten Versammlung zur eventuellen Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Antrag der Revisoren auf Entlastung des Kassierers und des gesamten Vorstandes wurde einstimmig angenommen. In der Beitrags-gesamtfassung sollen auf Antrag des Vertrauensmänner-körpers keinerlei Änderungen eintreten. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Aufsichtsent-schädigung für die Vorstandsmitglieder wurde auf deren Antrag um 20 Proz. getürzt. Die Zuwendungen an die Sparten wurden um 25 Proz. reduziert, so daß die großen Sparten noch 150 M. und die kleineren Sparten 75 M. Jahreszuwendungen erhalten. Auch diese beiden Anträge fanden einmütige Zustimmung. Der Bezirksvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Unter „Beschiedenen“ wurden noch einige bezirksliche Angelegenheiten behandelt und für 12 durchreisende Kollegen eine Sammlung veranstaltet. Damit fand die gut besuchte Generalversammlung ihren Abschluß.

Freiburg i. B. (D u c k e r.) Unse Generalversammlungs hätte einen besseren Besuch verdient. Vorsitzender Löfler eröffnete sie mit begrüßenden Worten und einem warmempfindenden Nachruf für den leider viel zu früh verstorbenen Kollegen Sandfort. Unter „Geschäftlichen“ wurden die Eingänge besprochen. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende in einstündigem Vortrag. Anschließend daran berichtete er ausführlich über die Kreis-sitzung. Der vom Kassierer T h u m m erstattete Kassier-

rückt. In diesem kritischen Augenblick versagte jedoch der „gefeterte Held“, weil es ihm an Mut und Entschlossenheit zu dem geforderten Schritt fehlte.

Jetzt aber griff die Regierung zu, die so lange dem Treiben und der Sehe der Boulangeristen zugehört hatte. Gegen Boulanger wurde Anklage „wegen Verschwörung und Attentaten auf die Sicherheit des Staates“ erhoben, der er sich jedoch durch die Flucht entzog. Das hinderte aber nicht, daß Boulanger in contumaciam für schuldig erklärt und zur Deportation nach einem befristeten Pfah verurteilt wurde. Seine feige Flucht und die Entschuldigungen des Prozesses brachten der boulangeristischen Bewegung das Rückgrat, so daß sie bald jede Bedeutung einbüßte. Die Rolle des „Revanchegenerals“ war ausgespielt! Boulanger kehrte nicht mehr nach Frankreich zurück und endete am 30. September 1931 unter wenig rühmlichen Umständen durch Selbstmord.

Wie aus vorstehendem hervorgeht, ist die Analogie zwischen der boulangeristischen Bewegung in Frankreich und der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland eine sehr weitgehende. Hier wie dort als Ursache ein verlorener Krieg mit ihm folgender faktischer Umwälzung, Annetionen, Kriegskontributionen, politischer und wirtschaftlicher Depression. Hier wie dort die gleichen Kräfte am Werk, dieselbe Situation für sich auszubilden: Monarchisten und ihre Wöhren, Muthmacher und Schmarotzer des monarchistischen Systems, abgehaltene Generale und sonstige Offiziere, die für ihren Energie keine Betätigung finden, Kapitalisten, Industrielle und Großagrarien, die sich in ihren Ausbeutungsgelüsten beschränkt fühlen, und in ihrem Gefolge die mittelständlichen Kreise der Kleingewerbetreibenden, Angestellten und Beamten, die, neidert von

unerfüllbaren demagogischen Versprechungen, von einem politischen Umsturz eine Verbesserung ihrer sozialen Lage erwarten. Hier wie dort schließlich an der Spitze der Bewegung zu Nationalhelden herausgeputzte Marionetten, die, lediglich auf ihren persönlichen Vorteil bedacht, sich von den hinter ihnen stehenden Drahtziehern für deren Lichtschiene und volksfeindliche Zwecke mißbrauchen lassen. Das Bild ist in beiden Fällen fast genau das gleiche: dieselben Akteure, dieselben Wirkungen! Nur darin besteht ein Unterschied, daß gegenüber dem Boulangerismus in dem agrarischen Frankreich bei der Hilterei im industriellen Deutschland das soziale Moment etwas stärker in den Vordergrund tritt.

Aus der Abereinrichtung beider Bewegungen dürfen wir annehmen, daß wie die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung auch ihr Verlauf der gleiche sein wird, wie ihn der Boulangerismus in Frankreich nahm. Liegen ihr doch keine höheren Ideale zugrunde, sondern spekuliert sie wie jene im wesentlichen nur auf die schlechten Zukunft der arbeitslosen und denkwürdigen Masse des Kleinbürgertums, die von ihr durch eine demagogische Sehe, durch Lügen und Verleumdungen aufgestellt werden. Es heiße den Glauben an die Menschheit und den Fortschritt verlieren, von dieser Bewegung einen Erfolg zu erwarten! Der Hitlerismus hat am 13. März eine schwere Niederlage erlitten, die am 10. April, bei der Entscheidung über die Reichspräsidentenwahl, dann aber erst recht bei den am 21. April stattfindenden Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und einigen andern Ländern vervollständigt werden muß. Die „Eiserne Front“ der republikanischen Mehrheit des deutschen Volkes steht dazu gerüstet! Der strategische Aufmarsch ist vollzogen. Wir arbeiten an! Der Sieg muß unser sein! — t.